

Bundesgesetz über die Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende in Armee, Zivildienst und Zivilschutz (Erwerbsersatzgesetz, EOG)¹

vom 25. September 1952 (Stand am 5. November 2002)

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
in Ausführung der Artikel 22^{bis} Absatz 6, 34^{ter} Absatz 1 Buchstabe d, 64 und 64^{bis}
der Bundesverfassung^{2,3}
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 23. Oktober 1951⁴,
beschliesst:*

Erster Abschnitt:⁵ Anwendbarkeit des ATSG

Art. 1

Die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2000⁶ über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) sind auf die Erwerbsersatzordnung anwendbar, soweit das vorliegende Gesetz nicht ausdrücklich eine Abweichung vom ATSG vorsieht.

Erster Abschnitt a: Die Erwerbsausfallentschädigung⁷

I. Der Entschädigungsanspruch

Art. 1a⁸ Entschädigungsberechtigte Personen

¹ Personen, die in der schweizerischen Armee oder im Rotkreuzdienst Dienst leisten, haben für jeden besoldeten Dienstag Anspruch auf eine Entschädigung.

AS 1952 1021

¹ Fassung gemäss Anhang Ziff. 12 des Zivildienstgesetzes vom 6. Okt. 1995, in Kraft seit 1. Okt. 1996 (SR 824.0).

² [BS 1 3; AS 1959 912]. Den genannten Bestimmungen entsprechen heute die Art. 59 Abs. 4, 61 Abs. 4, 122 Abs. 1 und 123 Abs. 1 der BV vom 18. April 1999 (SR 101).

³ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 23. Juni 2000, in Kraft seit 1. Jan. 2001 (AS 2000 2770; BB1 2000 255).

⁴ BB1 1951 III 297

⁵ Fassung gemäss Anhang Ziff. 14 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR 830.1).

⁶ SR 830.1

⁷ Eingefügt durch Anhang Ziff. 14 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR 830.1).

⁸ Eingefügt durch Anhang Ziff. 14 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR 830.1).

² Personen, die Zivildienst leisten, haben für jeden anrechenbaren Dienstag gemäss dem Zivildienstgesetz vom 6. Oktober 1995⁹ Anspruch auf eine Entschädigung.

³ Personen, die Schutzdienst leisten, haben für jeden ganzen Tag, für den sie Sold im Sinne von Artikel 22 Absatz 1 des Zivilschutzgesetzes vom 17. Juni 1994¹⁰ beziehen, Anspruch auf eine Entschädigung.

⁴ Teilnehmer an eidgenössischen und kantonalen Leiterkursen von Jugend und Sport im Sinne von Artikel 8 des Bundesgesetzes vom 17. März 1972¹¹ über die Förderung von Turnen und Sport sowie an Jungschützenleiterkursen nach Artikel 64 des Militärgesetzes vom 3. Februar 1995¹² sind den in Absatz 1 genannten Personen gleichgestellt.

⁵ Die in den Absätzen 1–4 genannten Personen werden in diesem Gesetz als Dienstleistende bezeichnet.

Art. 2¹³ Verrechnung

Forderungen gemäss diesem Gesetz, dem Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946¹⁴ über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) und dem Bundesgesetz vom 20. Juni 1952¹⁵ über die Familienzulagen in der Landwirtschaft können mit fälligen Entschädigungen verrechnet werden.

Art. 3¹⁶ Verjährung

In Abweichung von Artikel 24 Absatz 1 ATSG¹⁷ verjährt der Anspruch mit Ablauf von fünf Jahren seit Beendigung des Dienstes, der ihn begründet.

II. Die Entschädigungsarten

Art. 4¹⁸ Grundentschädigung

Alle Dienstleistenden haben Anspruch auf die Grundentschädigung.

⁹ SR **824.0**

¹⁰ SR **520.1**

¹¹ SR **415.0**

¹² SR **510.10**

¹³ Fassung gemäss Anhang Ziff. 14 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR **830.1**).

¹⁴ SR **831.10**

¹⁵ SR **836.1**

¹⁶ Fassung gemäss Anhang Ziff. 14 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR **830.1**).

¹⁷ SR **830.1**

¹⁸ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS **1999** 1571 1576; BBl **1998** 3418).

Art. 5¹⁹**Art. 6**²⁰ Kinderzulagen

¹ Anspruch auf Kinderzulagen haben die Dienstleistenden²¹ für jedes Kind im Sinne von Absatz 2, welches das 18. Altersjahr noch nicht vollendet hat. Für Kinder, die noch in Ausbildung begriffen sind, können die Kinderzulagen bis zum vollendeten 25. Altersjahr beansprucht werden.

² Anspruch auf Kinderzulagen besteht für:

- a. die Kinder des Dienstleistenden;
- b. die Pflegekinder des Dienstleistenden, die dieser unentgeltlich zu dauernder Pflege und Erziehung zu sich genommen hat.²²

Art. 7²³ Zulage für Betreuungskosten

¹ Dienstleistende, die mit einem oder mehreren Kindern (Art. 6) unter 16 Jahren im gemeinsamen Haushalt leben, haben Anspruch auf eine Zulage für Betreuungskosten, wenn sie den Nachweis erbringen, dass wegen des Dienstes solche zusätzlichen Kosten für die Kinderbetreuung angefallen sind und der Dienst mindestens zwei zusammenhängende Tage umfasst.

² Der Bundesrat setzt den Höchstbetrag der Entschädigung fest und regelt die Einzelheiten.

Art. 8²⁴ Betriebszulagen

¹ Anspruch auf Betriebszulagen haben die Dienstleistenden, die als Eigentümer, Pächter oder Nutzniesser einen Betrieb führen oder als Teilhaber einer Kollektivgesellschaft, als unbeschränkt haftende Teilhaber einer Kommanditgesellschaft oder als Teilhaber einer andern auf einen Erwerbzzweck gerichteten Personengesamtheit ohne juristische Persönlichkeit an der Führung eines Betriebes aktiv beteiligt sind, sofern sie nicht aus unselbständiger Erwerbstätigkeit ein höheres Einkommen erzielen.

² Dienstleistende, die als mitarbeitende Familienglieder in einem Landwirtschaftsbetrieb tätig sind, haben Anspruch auf Betriebszulagen, wenn wegen ihrer längeren

¹⁹ Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 18. Dez. 1998 (AS 1999 1571; BBl 1998 3418).

²⁰ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 18. Dez. 1968 (AS 1969 310; BBl 1968 II 85).

²¹ Ausdruck gemäss Ziff. I des BG vom 19. Juni 1987, in Kraft seit 1. Jan. 1988 (AS 1987 1393 1396; BBl 1985 I 797). Diese Änderung ist im ganzen Erlass berücksichtigt.

²² Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des Unfallversicherungsgesetzes, in Kraft seit 1. Jan. 1984 (SR 832.20, 832.201 Art. 1 Abs. 1). Siehe auch die SchIB dieser Änderung am Schluss des vorliegenden BG.

²³ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Jan. 2000 (AS 1999 1571 1576; BBl 1998 3418).

²⁴ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 6. März 1959, in Kraft seit 1. Jan. 1960 (AS 1959 567; BBl 1958 II 1323).

Dienstleistung eine Ersatzkraft im Betrieb eingestellt werden muss. Der Bundesrat erlässt die näheren Vorschriften.²⁵

III. Die Bemessung der Entschädigungen

Art. 9²⁶ Grundentschädigung a. während der Rekrutenschule

¹ Die tägliche Grundentschädigung während der Rekrutenschule beträgt 20 Prozent des Höchstbetrages der Gesamtentschädigung.

² Die tägliche Grundentschädigung wird für Rekruten, die Anspruch auf Kinderzulagen haben, nach Artikel 11 bemessen.

³ Der zivildienstleistenden Person, die keine Rekrutenschule absolviert hat, stehen für die Anzahl Tage des Zivildienstes, die der Dauer einer Rekrutenschule entsprechen, 20 Prozent des Höchstbetrages der Gesamtentschädigung zu. Eine teilweise absolvierte Rekrutenschule wird berücksichtigt. Absatz 2 ist sinngemäss anwendbar.

Art. 10²⁷ b. während Ausbildungsdiensten für einen höheren Grad oder eine neue Funktion (Beförderungsdienste)

¹ Die tägliche Grundentschädigung während Ausbildungsdiensten von längerer Dauer, die ausserhalb der ordentlichen Ausbildungsdienste der Formationen für die Erreichung eines höheren Grades oder einer neuen Funktion im Militärrecht verlangt werden, beträgt 65 Prozent des durchschnittlichen vordienstlichen Erwerbseinkommens; sie beträgt jedoch mindestens 45 Prozent des Höchstbetrages der Gesamtentschädigung.

² Der Bundesrat bestimmt die Ausbildungsdienste für einen höheren Grad oder für eine neue Funktion.

Art. 11²⁸ c. während der übrigen Dienste

¹ Die tägliche Grundentschädigung während der übrigen Dienste beträgt 65 Prozent des durchschnittlichen vordienstlichen Erwerbseinkommens, jedoch mindestens 20 Prozent des Höchstbetrages der Gesamtentschädigung.

² Grundlage für die Ermittlung des durchschnittlichen vordienstlichen Erwerbseinkommens bildet das Einkommen, von dem die Beiträge nach dem AHVG²⁹ erhoben werden. Der Bundesrat erlässt Vorschriften über die Bemessung der Entschädigung

²⁵ Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 3. Okt. 1975, in Kraft seit 1. Jan. 1976 (AS 1976 57 62; BBl 1975 I 1193).

²⁶ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS 1999 1571 1576; BBl 1998 3418).

²⁷ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS 1999 1571 1576; BBl 1998 3418).

²⁸ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS 1999 1571 1576; BBl 1998 3418).

²⁹ SR 831.10

und lässt durch das zuständige Bundesamt verbindliche Tabellen mit aufgerundeten Beträgen aufstellen.

³ Der Bundesrat kann für Dienstleistende, die nur vorübergehend nicht erwerbstätig waren oder die wegen des Dienstes keine Erwerbstätigkeit aufnehmen konnten, besondere Vorschriften über die Bemessung ihrer Entschädigung erlassen.

Art. 12³⁰

Art. 13³¹ Kinderzulage

Die Kinderzulage beträgt 20 Prozent des Höchstbetrages der Gesamtentschädigung für das erste Kind und 10 Prozent für jedes weitere Kind.

Art. 14³²

Art. 15³³ Betriebszulage

Die Betriebszulage beträgt 27 Prozent des Höchstbetrages der Gesamtentschädigung.

Art. 16³⁴ Höchstgrenze und Mindestgarantie

¹ Die Gesamtentschädigung wird gekürzt, soweit sie den Höchstbetrag nach Artikel 16a übersteigt.³⁵

² Sie wird ferner gekürzt, soweit sie das durchschnittliche vordienstliche Einkommen übersteigt, jedoch nur bis auf einen Mindestsatz von 50 Prozent des Höchstbetrages nach Artikel 16a. Während Beförderungsdiensten beläuft sich dieser Mindestsatz auf 70 Prozent. Der Mindestsatz steht auch den Dienstleistenden zu, die vor dem Einrücken nicht erwerbstätig waren.³⁶

³ Die Zulage für Betreuungskosten sowie die Betriebszulage werden nicht zur Gesamtentschädigung gerechnet; sie werden ungekürzt ausbezahlt.³⁷

³⁰ Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 6. März 1959 (AS **1959** 567; BBl **1958** II 1323).

³¹ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS **1999** 1571 1576; BBl **1998** 3418).

³² Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 18. Dez. 1998 (AS **1999** 1571; BBl **1998** 3418).

³³ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 3. Okt. 1975, in Kraft seit 1. Jan. 1976 (AS **1976** 57 62; BBl **1975** I 1193).

³⁴ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 27. Sept. 1973, in Kraft seit 1. Jan. 1974 (AS **1974** 166; BBl **1973** I 1501).

³⁵ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 3. Okt. 1975, in Kraft seit 1. Jan. 1976 (AS **1976** 57 62; BBl **1975** I 1193).

³⁶ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS **1999** 1571 1576; BBl **1998** 3418).

³⁷ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Jan. 2000 (AS **1999** 1571 1576; BBl **1998** 3418).

Art. 16a³⁸ Höchstbetrag der Gesamtschädigung

¹ Ab Inkrafttreten des Änderungsgesetzes vom 18. Dezember 1998³⁹ (6. EO-Revision) beträgt der Höchstbetrag der Gesamtschädigung 215 Franken (= Stand von 1946 Punkten des Lohnindex des Bundesamtes für Statistik) im Tag.⁴⁰

² Der Bundesrat kann frühestens nach je zwei Jahren den Höchstbetrag der Gesamtschädigung auf Jahresbeginn der Lohnentwicklung anpassen, wenn sich das Lohnniveau, das für die letzte Festsetzung massgebend war, in dieser Zeit um mindestens 12 Prozent geändert hat.

IV. Verschiedene Bestimmungen**Art. 17** Geltendmachung des Anspruches

¹ Der Entschädigungsanspruch ist bei der zuständigen Ausgleichskasse vom Dienstleistenden geltend zu machen. Macht dieser den Anspruch nicht selbst geltend, so sind hiezu befugt:

- a. die Angehörigen des Dienstleistenden, falls dieser seinen Unterhalts- oder Unterstützungspflichten ihnen gegenüber nicht nachkommt;
- b. der Arbeitgeber, der dem Dienstleistenden für die Zeit des Dienstes Gehalt oder Lohn ausrichtet.

² Der Bundesrat bestimmt, welche Ausgleichskasse zuständig ist, und regelt das Verfahren. Er kann Vorschriften über die Erledigung von Streitigkeiten bezüglich der örtlichen Zuständigkeit erlassen und dabei von Artikel 35 ATSG⁴¹ abweichen.⁴²

Art. 18 Festsetzung der Entschädigungen

¹ Die Entschädigung wird von der Ausgleichskasse festgesetzt, bei welcher der Anspruch geltend zu machen ist. Die Ausgleichskasse kann jedoch die ihr angeschlossenen Arbeitgeber, welche Gewähr für die richtige Erfüllung dieser Aufgabe bieten, mit der Festsetzung der Entschädigung für ihre Arbeitnehmer betrauen.

² Die Entschädigung wird im formlosen Verfahren nach Artikel 51 ATSG⁴³ festgesetzt. Dies gilt in Abweichung von Artikel 49 Absatz 1 ATSG auch für erhebliche Entschädigungen.⁴⁴

³⁸ Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 3. Okt. 1975, in Kraft seit 1. Jan. 1976 (AS **1976** 57 62; BBl **1975** I 1193).

³⁹ AS **1999** 1571; BBl **1998** 3418

⁴⁰ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS **1999** 1571 1576; BBl **1998** 3418).

⁴¹ SR **830.1**

⁴² Zweiter Satz eingefügt durch Anhang Ziff. 14 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR **830.1**).

⁴³ SR **830.1**

⁴⁴ Fassung gemäss Anhang Ziff. 14 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR **830.1**).

Art. 19 Auszahlung der Entschädigungen

¹ ...⁴⁵

² Die Entschädigung wird dem Dienstleistenden ausgerichtet, doch gelten folgende Ausnahmen:

- a. auf Weisung des Dienstleistenden kann die Entschädigung seinen Angehörigen ausgerichtet werden;
- b.⁴⁶ kommt der Dienstleistende seinen Unterhaltspflichten nicht nach, so sind die für die Unterhaltsberechtigten zugesprochenen Entschädigungen auf Gesuch hin in Abweichung von Artikel 20 Absatz 1 ATSG⁴⁷ auch ohne Fürsorgeabhängigkeit diesen oder ihren gesetzlichen Vertretern auszurichten.
- c. ...⁴⁸.

³ Die Entschädigung wird von der Ausgleichskasse, bei welcher der Anspruch geltend zu machen ist, ausgerichtet. Dienstleistende, die vor dem Einrücken als Unselbständigerwerbende tätig waren, erhalten die Entschädigungen, falls nicht besondere Gründe für die Auszahlung durch die Ausgleichskasse vorliegen, durch den Arbeitgeber.

⁴ Voraussetzung für die Auszahlung der Entschädigung ist die vorschriftsgemässe Geltendmachung und der Nachweis des geleisteten Dienstes.

Art. 19a⁴⁹ Beiträge an Sozialversicherungen

¹ Von der Entschädigung müssen Beiträge an die Alters- und Hinterlassenenversicherung, die mit ihr verbundenen Versicherungszweige und gegebenenfalls an die Arbeitslosenversicherung bezahlt werden. Diese Beiträge sind je zur Hälfte vom Dienstleistenden und vom Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung zu tragen.

² Der Bundesrat regelt die Einzelheiten und das Verfahren. Er kann bestimmte Personengruppen von der Beitragspflicht ausnehmen und vorsehen, dass für kurze Dienstleistungen keine Beiträge bezahlt werden müssen.

Art. 20⁵⁰

⁴⁵ Aufgehoben durch Anhang Ziff. 14 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (SR **830.1**).

⁴⁶ Fassung gemäss Anhang Ziff. 14 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR **830.1**).

⁴⁷ SR **830.1**

⁴⁸ Aufgehoben durch Anhang Ziff. 14 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (SR **830.1**).

⁴⁹ Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 19. Juni 1987, in Kraft seit 1. Jan. 1988 (AS **1987** 1393 1396; BBl **1985** I 797).

⁵⁰ Aufgehoben durch Anhang Ziff. 14 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (SR **830.1**).

Zweiter Abschnitt: Die Organisation

Art. 21 Organe und anwendbare Bestimmungen

¹ Die Durchführung der Erwerbsersatzordnung erfolgt durch die Organe der Alters- und Hinterlassenenversicherung unter Mitwirkung der Rechnungsführer der militärischen Stäbe und Einheiten. Für den Zivilschutz erfolgt die Durchführung unter Mitwirkung der Rechnungsführer der Schutzorganisationen.⁵¹

² Soweit dieses Gesetz nichts Abweichendes bestimmt, gelten sinngemäss die Vorschriften des AHVG⁵² über die Arbeitgeber, die Ausgleichskassen, den Abrechnungs- und Zahlungsverkehr, die Buchführung, die Kassenrevisionen und Arbeitgeberkontrollen, die Zentrale Ausgleichsstelle und die Versichertennummer. Die Haftung für Schäden der AHV-Organen nach Artikel 49 AHVG richtet sich nach Artikel 78 ATSG⁵³ und sinngemäss nach den Artikeln 52, 70 und 71a AHVG.⁵⁴

³ In Abweichung von Artikel 78 ATSG untersteht die Haftung der Rechnungsführer der militärischen Stäbe und Einheiten dem Militärgesetz vom 3. Februar 1995⁵⁵; die Haftung der Rechnungsführer der Schutzorganisation untersteht dem Zivilschutzgesetz vom 17. Juni 1994^{56,57}

Art. 22⁵⁸ Deckung der Verwaltungskosten

Zur Deckung ihrer Verwaltungskosten erheben die Ausgleichskassen von den ihnen angeschlossenen Arbeitgebern, Selbständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen Verwaltungskostenbeiträge. Den Ausgleichskassen können ferner an ihre Verwaltungskosten Zuschüsse aus dem Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung gewährt werden. Artikel 69 des AHVG⁵⁹ findet Anwendung.

⁵¹ Satz 2 eingefügt durch Art. 93 des BG vom 23. März 1962 über den Zivilschutz, in Kraft seit 1. Jan. 1963 [AS 1962 1089].

⁵² SR 831.10

⁵³ SR 830.1

⁵⁴ Fassung gemäss Ziff. I der V der BVers vom 21. Juni 2002, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (AS 2002 3453 3471; BBl 2002 803).

⁵⁵ SR 510.10

⁵⁶ SR 520.1

⁵⁷ Eingefügt durch Anhang Ziff. 14 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR 830.1).

⁵⁸ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 6. März 1959, in Kraft seit 1. Jan. 1960 (AS 1959 567; BBl 1958 II 1323).

⁵⁹ SR 831.10

Art. 23 Aufsicht des Bundes (Art. 76 ATSG⁶⁰)⁶¹

¹ Artikel 72 AHVG⁶² findet sinngemäss Anwendung.⁶³

² Die Eidgenössische Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung⁶⁴ bestellt aus ihrer Mitte einen Ausschuss für die Erwerbsersatzordnung. ...⁶⁵ Dem Ausschuss obliegt die Begutachtung von Fragen über die Durchführung und Weiterentwicklung der Erwerbsersatzordnung zuhanden des Bundesrates. Er hat das Recht, dem Bundesrat von sich aus Anregungen zu unterbreiten.

Dritter Abschnitt: Rechtspflege und Strafbestimmungen**Art. 24⁶⁶** Besonderheiten der Rechtspflege

¹ Über Beschwerden gegen Verfügungen und Einsprachenentscheide kantonaler Ausgleichskassen entscheidet in Abweichung von Artikel 58 Absatz 1 ATSG⁶⁷ das Versicherungsgericht am Ort der Ausgleichskasse.

² Über Beschwerden von Personen im Ausland entscheidet in Abweichung von Artikel 58 Absatz 2 ATSG die Eidgenössische Rekurskommission der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung für die im Ausland wohnenden Personen. Der Bundesrat kann die Zuständigkeit abweichend ordnen. Die Artikel 85^{bis} Absatz 3 und 86 AHVG⁶⁸ gelten sinngemäss.

Art. 25 Strafbestimmungen

Die Artikel 87–91 des AHVG⁶⁹ finden Anwendung auf Personen, die in einer in diesen Bestimmungen umschriebenen Weise die Vorschriften der Erwerbsersatzordnung verletzen.

⁶⁰ SR **830.1**

⁶¹ Fassung gemäss Anhang Ziff. 14 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR **830.1**).

⁶² SR **831.10**

⁶³ Fassung gemäss Anhang Ziff. 14 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR **830.1**).

⁶⁴ Ausdruck gemäss Ziff. I des BG vom 19. Juni 1987, in Kraft seit 1. Jan. 1988 (AS **1987** 1393 1396; BBl **1985** I 797).

⁶⁵ Satz aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 18. Dez. 1998 (AS **1999** 1571; BBl **1998** 3418).

⁶⁶ Fassung gemäss Anhang Ziff. 14 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR **830.1**).

⁶⁷ SR **830.1**

⁶⁸ SR **831.10**

⁶⁹ SR **831.10**

Vierter Abschnitt: Die Finanzierung

Art. 26⁷⁰ Grundsatz

Die auf Grund dieses Gesetzes zu erbringenden Leistungen werden finanziert durch

- a. Zuschläge zu den Beiträgen gemäss AHVG⁷¹;
- b. Mittel des Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung.

Art. 27⁷² Zuschläge zu den Beiträgen der Alters- und Hinterlassenenversicherung

¹ Beitragspflichtig sind die in den Artikeln 3 und 12 des AHVG⁷³ genannten Versicherten und Arbeitgeber mit Ausnahme der freiwillig Versicherten.

² Für die Bemessung der Beiträge sind die Bestimmungen des AHVG sinngemäss anwendbar. Der Bundesrat setzt die Höhe der Beiträge unter Berücksichtigung von Artikel 28 fest. Die Beiträge vom Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit dürfen jedoch 0,5 Prozent nicht übersteigen. Die Nichterwerbstätigen entrichten je nach ihren sozialen Verhältnissen einen Beitrag, der im Minimum 15⁷⁴ Franken und im Maximum 500 Franken im Jahr nicht überschreiten darf. Die Beiträge dieser Versicherten sowie die Beiträge nach der sinkenden Skala werden in gleicher Weise abgestuft wie die Beiträge der Alters- und Hinterlassenenversicherung. Dabei ist das Verhältnis zu wahren zwischen dem vorstehend erwähnten Prozentsatz und dem unverminderten Beitragssatz nach Artikel 8 Absatz 1 des AHVG. Dessen Artikel 9^{bis} gilt sinngemäss.⁷⁵

³ Die Beiträge werden als Zuschläge zu den Beiträgen der Alters- und Hinterlassenenversicherung erhoben. Die Artikel 11 und 14–16 AHVG sind sinngemäss anwendbar mit ihren jeweiligen Abweichungen vom ATSG^{76, 77 78}

Art. 28⁷⁹ Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung

Unter der Bezeichnung «Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung» wird ein selbständiger Fonds gebildet, dem alle auf diesem Gesetz beruhenden Einnahmen und

⁷⁰ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 6. März 1959, in Kraft seit 1. Jan. 1960 (AS 1959 567; BBl 1958 II 1323).

⁷¹ SR 831.10

⁷² Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 6. März 1959, in Kraft seit 1. Jan. 1960 (AS 1959 567; BBl 1958 II 1323).

⁷³ SR 831.10

⁷⁴ Heute: 13 Franken (siehe Art. 7 der V 03 vom 20. Sept. 2002 - SR 831.108).

⁷⁵ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 19. Juni 1987, in Kraft seit 1. Jan. 1988 (AS 1987 1393 1396; BBl 1985 I 797).

⁷⁶ SR 830.1

⁷⁷ Fassung des zweiten Satzes gemäss Anhang Ziff. 14 des BG vom 6. Okt. 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR 830.1).

⁷⁸ Eingefügt durch Ziff. VII des BG vom 4. Okt. 1968 betreffend Änderung des BG über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, in Kraft seit 1. Jan. 1969 (AS 1969 111; BBl 1968 I 602).

⁷⁹ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 3. Okt. 1975, in Kraft seit 1. Jan. 1976 (AS 1976 57 62; BBl 1975 I 1193).

Leistungen gutgeschrieben oder belastet werden. Dieser Fonds soll in der Regel den Betrag einer halben Jahresausgabe nicht unterschreiten. Er wird durch die gleichen Organe verwaltet und in gleicher Weise angelegt wie der Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung. Artikel 110 des AHVG⁸⁰ findet Anwendung.

Fünfter Abschnitt: Schluss- und Übergangsbestimmungen

Art. 29⁸¹ Anwendbare Bestimmungen

Die Bestimmungen des AHVG⁸² betreffend das Bearbeiten von Personendaten, die aufschiebende Wirkung, die Kostenübernahme und die Posttaxen sind sinngemäss anwendbar.

Art. 29a⁸³ Datenbekanntgabe

¹ Sofern kein überwiegendes Privatinteresse entgegensteht, dürfen Daten im Einzelfall und auf schriftliches und begründetes Gesuch hin in Abweichung von Artikel 33 ATSG⁸⁴ an die mit der Durchführung des Bundesgesetzes vom 12. Juni 1959⁸⁵ über den Wehrpflichtersatz betrauten Behörden nach Artikel 24 des genannten Gesetzes bekannt gegeben werden.

² Im Übrigen ist Artikel 50a des AHVG⁸⁶ mit seinen Abweichungen vom ATSG sinngemäss anwendbar.

Art. 30⁸⁷

Art. 31 Abänderung anderer Bundesgesetze

¹ Das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz vom 11. April 1889⁸⁸ wird wie folgt abgeändert:

- a. In Artikel 93 wird der Ausdruck «Erwerbsausfallentschädigungen an Dienstpflichtige» ersetzt durch «Erwerbsausfallentschädigungen an Wehr- und Zivilschutzpflichtige».

⁸⁰ SR **831.10**

⁸¹ Fassung gemäss Ziff. I der V der BVers vom 21. Juni 2002, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (AS **2002** 3453 3471; BB1 **2002** 803).

⁸² SR **831.10**

⁸³ Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 23. Juni 2000 (AS **2000** 2770; BB1 **2000** 255).
Fassung gemäss Ziff. I der V der BVers vom 21. Juni 2002, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (AS **2002** 3453 3471; BB1 **2002** 803).

⁸⁴ SR **830.1**

⁸⁵ SR **661**

⁸⁶ SR **831.10**

⁸⁷ Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 18. Dez. 1968 (AS **1969** 310; BB1 **1968** II 85).

⁸⁸ SR **281.1**

b. Artikel 219, zweite Klasse, Buchstabe *i*:

...^{89,90}

² Artikel 15 der Militärorganisation⁹¹ wird aufgehoben.

³ In Artikel 20 des AHVG⁹² sowie in den Artikeln 23 und 24 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1959⁹³ über die Invalidenversicherung wird der Ausdruck «Bundesgesetz vom 25. September 1952 über die Erwerbsausfallentschädigungen an Wehr- und Zivilschutzpflichtige» ersetzt durch ...^{94,95}

Art. 32⁹⁶

Art. 33 Anpassung der kantonalen Erlasse und der Kassenreglemente

In die kantonalen Erlasse betreffend die Errichtung der kantonalen Ausgleichskassen und in die Reglemente der Verbandsausgleichskassen sind die für die Durchführung dieses Gesetzes notwendigen Bestimmungen aufzunehmen.

Art. 34 Inkrafttreten und Vollzug

¹ Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1953 in Kraft.

² ...⁹⁷

³ Der Bundesrat ist mit dem Vollzug beauftragt und erlässt die hierfür erforderlichen Vorschriften.

⁸⁹ Text siehe im genannten BG.

⁹⁰ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 3. Okt. 1975, in Kraft seit 1. Jan. 1976 (AS 1976 57 62; BBl 1975 I 1193).

⁹¹ [BS 5 3; AS 1948 425, 1949 1491 Art. 1-3, 5 Bst. a-d, 1952 331 338 Art. 2, 1959 2035 Art. 48 Abs. 2 Bst. d, 1961 231, 1968 73 Ziff. I, III, 1970 43, 1972 897 Art. 15 Ziff. 3, 1975 11, 1979 114 Art. 72 Bst. e, 1984 1324, 1990 1882, 1991 857 Anhang Ziff. 10 1412, 1992 288 Anhang Ziff. 20 2392 Ziff. I 2 2521 Art. 55 Ziff. 3, 1993 901 Anhang Ziff. 5 3043 Anhang Ziff. 2, 1994 1622 Art. 22 Abs. 2. AS 1995 4093 Anhang Ziff. 7] SR 831.10. Art. 20 Abs. 2 hat heute eine neue Fassung.

⁹² SR 831.20

⁹³ Text eingefügt in den genannten BG.

⁹⁴ Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 3. Okt. 1975, in Kraft seit 1. Jan. 1976 (AS 1976 57 62; BBl 1975 I 1193).

⁹⁵ Aufgehoben durch Ziff. II Art. 6 Ziff. 8 des BG vom 25. Juni 1971 über die Revision des Zehnten Titels und des Zehnten Titels^{bis} des Obligationenrechts (Der Arbeitsvertrag) (SR 220 am Schluss, Schl- und UeB zum X. Tit.).

⁹⁶ Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 18. Dez. 1968 (AS 1969 310; BBl 1968 II 85).

Schlussbestimmung der Änderung vom 20. März 1981⁹⁸

Ist der Dienstleistende durch Gerichtsurteil oder aussergerichtlichen Vergleich zur Zahlung von Unterhaltsbeiträgen an ein aussereheliches Kind im Sinne des Zivilgesetzbuches⁹⁹ in der vor dem 1. Januar 1978 geltenden Fassung verpflichtet, so gilt dieses Kind für die Gewährung von Kinderzulagen nach Artikel 6 EOG als Kind des Dienstleistenden.

⁹⁸ SR **832.20** Anhang Ziff. 3

⁹⁹ SR **210**

